

DIE LINKE.-Gemeinderatsfraktion

Vorlage Nr.: 2021/1506/2

Eingang: 25.01.2022

Verpflichtende Verwendung von Gendersprache in schriftlichen Publikationen nach zweijähriger Eingewöhnungszeit

Gremium	Termin	TOP	ö	nö
Gemeinderat	25.01.2022	8.4	x	

Der Gemeinderat möge beschließen,

dass die Stadtverwaltung die genderneutrale Sprache, für ihre schriftliche Publikationen, in zwei Jahren, verbindlich verwendet.

Für Publikationen in Leichter Sprache werden ggf. davon abweichende Regelungen getroffen, welche die besonderen Bedürfnisse der Zielgruppen berücksichtigen. Auch hier wird eine Genderneutralität unter Formen wie der direkten Ansprache etc. angestrebt.

Begründung:

Wir begrüßen, dass die Stadtverwaltung einen Umgangskatalog für die gendergerechte Sprache erarbeitet und den Mitarbeiter*innen empfiehlt. Wichtig ist hier eine gewisse Einheitlichkeit. Dennoch erachten wir die verpflichtende Nutzung der gendergerechten Sprache für notwendig und wollen nach einer zweijährigen Probezeit dies für städtische Publikationen verpflichtend gelten lassen.

Denn: Sprache beeinflusst unser Denken und Handeln. Wer nur von Männern spricht und schreibt, lässt Frauen und alle anderen Geschlechter verschwinden. Doch es geht ja auch anders – wir müssen nur wollen und üben.

Eine Stadtverwaltung ist für alle Bürger*innen da und offen - darum besteht hier eine besondere Verpflichtung einer pluralen Stadtgesellschaft gegenüber. Alle Bürger*innen und ihre Belange sind von Bedeutung und werden nicht nur mitgemeint sondern auch mitgedacht. Das dies so in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird, sollte im besonderen Interesse einer Stadt liegen.

Ein weiterer Grund, weswegen die Stadtverwaltung das Gendern verpflichten soll, ist ihre Vorbildfunktion. Wenn die Stadtverwaltung die Gewohnheit in der Sprache durchbricht und somit einen Wandel erzeugt, können Bürger*innen sich an ihr orientieren.

Dadurch entsteht auch die Normalisierung einer gegenderten Sprache.

Wir sind uns dessen bewusst, dass die Umstellung in der geschriebenen Sprache eine Barriere für einige Menschen darstellen kann. Wir halten eine Eingewöhnungszeit von zwei Jahren für ausreichend. Daher begrüßen wir die Eingewöhnungszeit von zwei Jahren, damit danach die gendergerechte Sprache etabliert wird.

Unterzeichnet von:

Mathilde Göttel

Lukas Bimmerle

Karin Binder

